ökumenisches netz zentralafrika

Pressemitteilung:

Über hundert Tote in Burundi: Das ÖNZ ruft politische Verantwortliche zur Deeskalation der Gewalt in Burundi auf

(Berlin, 15.12.2015) Nachdem am frühen Morgen des 11. Dezembers bislang nicht bekannte Täter Militäreinrichtungen an verschiedenen Orten Bujumburas angegriffen haben, kam es während des Wochenendes zu einem extremen Anstieg der Gewalt in Burundis Hauptstadt Bujumbura. Lokale unabhängige Medien berichten von über 100 Toten.

Die Informationslage ist weiterhin verworren. Klar ist lediglich, dass bewaffnete Kämpfer nach mehrstündiger Auseinandersetzung am Freitag durch die burundische Armee bezwungen wurden. Laut Aussagen deren Sprechers, Oberst Gaspard Baratuza, sollen zwölf Angreifer getötet und 45 Personen festgenommen worden sein. Eine Bestätigung seitens neutraler Quellen fehlt bislang, da es humanitären Organisationen wie dem Roten Kreuz nicht erlaubt ist, sich selbst ein Bild der Lage zu machen. Die Angriffe lösten eine Eskalation der Gewalt am vergangenen Wochenende in Burundi aus.

Das ÖNZ zeigt sich insbesondere besorgt über Berichte, nach denen burundische Sicherheitskräfte in bestimmten Vierteln Bujumburas gezielt Festnahmen und Angriffe auf junge Menschen getätigt haben sollen. Diese stünden im Verdacht, sich kritisch zur Regierung zu positionieren. Zum Teil sollen die jungen Menschen vor Ort regelrecht hingerichtet worden sein. Augenzeugen berichten zudem von einem Massengrab im Stadtteil Kanyosha im Süden der Hauptstadt. Die gewaltvollen Übergriffe scheinen sich nun auch auf andere Teile des Landes auszuweiten. Berichten zufolge kam es in den letzten Tagen auch im Süden des Landes zu Gefechten zwischen Armee und bewaffneten Gruppen. Der VN-Menschenrechtsrat hat zu Burundi eine Sondersitzung am 17. Dezember 2015 einberufen.

„Mehr denn je werden jetzt neutrale und internationale Untersuchungskommissionen benötigt, welche die Ermittlungen aufnehmen. Dazu ist der bedingungslose Zugang zu allen Vierteln für neutrale internationale Akteure und humanitäre Hilfe notwendig. Die Täter müssen juristisch belangt werden. Von allen Seiten muss die Gewalt eingestellt und an einer Deeskalationsstrategie gearbeitet werden.“, fordert die Koordinatorin des ÖNZ, Gesine Ames. „Es ist des Weiteren notwendig, dass die burundischen Verantwortlichen den Dialog mit den jeweiligen politischen Opponenten suchen und die Vermittlungsangebote internationaler Einrichtungen nutzen. Besonders bei den momentan auf EU-Ebene laufenden Verhandlungen laut Artikel 96 des Cotonou-Abkommens müssen die EU-Mitgliedstaaten von der burundischen Regierung Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit und Herstellung der fundamentalen Bürgerrechte einfordern. “

Das ÖNZ ruft die Bundesregierung dazu auf, sich weiterhin intensiv auf bilateraler und internationaler Ebene für einen politischen Dialog zwischen der Regierung und den burundischen Oppositionsparteien einzusetzen.

Das ÖNZ ist ein Netzwerk christlicher Hilfswerke in Deutschland für Frieden und Menschenrechte in Ruanda, Burundi und der DR Kongo. Mitglieder des ÖNZ sind AGEH, Brot für die Welt-Evangelischer Entwicklungsdienst, Misereor, pax christi und die Vereinte Evangelische Mission.

Für weitere Fragen wenden Sie sich bitte an:
Gesine Ames
office@oenz.de
Tel.: 0049 (30) 4862 5700
Mobil: 01577 421 22 16
www.oenz.de